

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. Einmalige Anzeigenpreise sind im Anzeigenverzeichnis zu ersehen. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostgen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 28 — 91. Jahrgang Telegr.-Nr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Mittwoch, den 3. Februar 1932

Reiner Tisch.

Abseits vom Kriegsgeschrei am Jangtschekiang und vom Rederlei der Abrüstungskonferenz, abseits auch von den völlig ins Stocken geratenen Debatten über die deutsche Tributfrage, den Young-Plan und der interalliierten Schuldverpflichtung an Amerika vollzieht sich eine Entwicklung auf dem Weltgoldmarkt, die zum mindesten der Anfang zu einer allgemeinen Vereinfachung der internationalen Goldverflechtung ist. Eine kurze Meldung aus London teilt mit, daß die Bank von England am 1. Februar der Bank von Frankreich und der amerikanischen Staatsbank mit 20 Millionen Goldpfund den Rest des großen Reduktionskredits zurückgezahlt hat, den sie am 1. August vergangenen Jahres in Paris und Newyork hatte aufnehmen müssen und der doch nicht verhindert hat, daß das englische Pfund von seinem Goldstandard sich trennen mußte. Eine Milliarde Mark hatte dieser Stützungskredit betragen, 400 Millionen waren schon im November 1931 zurückgezahlt worden und nun wanderte — zum großen Teil in Gold — auch der Rest hinüber in die nimmerleichen Kassen der Bank von Frankreich.

Es ist nicht ohne einen gewissen pikanten Reiz, daß zu dieser Entlastung von der auch politisch so überaus bedrückenden Schuld vor allem das Gold geholt hat, das im großem Umfang von — Indien aus nach London verschifft worden ist. Man schätzt übrigens den dortigen schätzbaren und unsichtbaren Goldvorrat, über den namentlich die indischen Fürsten verfügen, auf etwa acht Milliarden Mark und — nebenbei bemerkt — liegt hierin nicht gerade der letzte Grund dafür, daß jene Fürsten alles andere als begeisterte Anhänger der Gandhi-Bewegung sind, die im Falle ihres Sieges wohl kaum die Fürsten auf ihren Goldthronen sitzen läßt. Die Weltgeschichte wandert bisweilen seltsame Pfade!

Aber auch von anderer Seite her bemüht man sich, die Arme gegenüber dem skandinavischen Druck der französischen Golddrohung freizubekommen. Als sich in der Reparations- und Kriegsschuldenfrage die Dinge im Januar suspensiv und Frankreich wegen der Ablehnung der Washingtoner Regierung, sich vor einer europäischen Einigung über das Reparationsproblem irgendwie auf eine Revision der interalliierten Kriegsschulden einzulassen, vergeblich eine antiamerikanische Front der europäischen Mächte zusammenzubringen versucht hatte, griff man in Paris wieder einmal zu den bisher unsichtbar wirkenden Mittel der „Golddrohung“, Frankreich rief im größten Umfang, vielleicht sogar bis zum letzten Cent, seine amerikanischen Golddepots ab und begann außerdem, seine dortigen Guthaben in Gold umzuwandeln. Wieder, wie einst vor Hunderten von Jahren nach Spanien, zogen die „Goldschiffe“ über das Meer. Da aber hat das amerikanische Schatzamt und die Newyorker Bundes-Zentralbank (Federal Reserve Board) dem Staatspräsidenten vorgeschlagen, Frankreich direkt aufzufordern, daß es nun einmal endlich seine gesamten restlichen Kredite in Amerika kündigt und abzieht. Zugleich der bisher dort vorhandenen Golddepots schätzt man die französischen Guthaben in Amerika auf etwa 600 Millionen Dollar; da aber die Golddepots Frankreichs bereits nicht mehr den Gesamtgoldvorrat der amerikanischen Bundesbanken und des Federal Reserve Boards zugezählt wurden, handelt es sich „nur“ noch um einen möglichen Goldabzug von etwa 500 Millionen Dollar, also rund 2,2 Milliarden Mark.

Man hat in Amerika „die Nase voll“ von Frankreichs Gold und von Frankreichs Golddrohungen, die immer dann besonders erfolglos und lästig waren, wenn das Streben nach einer Überwindung der Wirtschaftskrise einen neuen Anlauf genommen hatte. Man will in Amerika endlich damit reinen Tisch machen und — ist auch in der glücklichen Lage, es durchführen zu können. Denn der für die Auszahlung der französischen Guthaben benötigten Goldmassen stellen nur die Hälfte des über die Währungsdeckung hinausgehenden also überschüssigen Goldvorrats in den amerikanischen Banken dar. Man will also jetzt lieber eine Schwächung der Goldvorräte in Kauf nehmen, als diese ständige Verunsicherung des amerikanischen Geldmarktes durch Frankreich. Man will sich endlich und gründlich von der französischen Golddrohung befreien. Weilt Amerika doch auch dann noch im Besitz des größten Goldvorrats der Welt, wenn die französischen Guthaben liquidiert und als Goldbarren den Weg über das Meer bis in die Panzerfestung der Bank von Frankreich genommen haben. Damit hat Amerika auch die Arme frei, um auf eigenen, bereits festgelegten Wegen zu einer allgemeinen Auflockerung des Handels und dann, wie man hofft, auch zu einer neuen Belebung der stagnierenden Wirtschaft zu kommen. Fehlt es damit doch in Zukunft Frankreich an der Möglichkeit, den Dollar ins Wackeln zu bringen. Und da nun gleichzeitig England den Rest des französischen Goldkredits zurückgezahlt hat, beginnt die als politisches Instrument so oft wirksam gebrauchte Golddrohung Frankreichs bei den beiden angelsächsischen Mächten beträchtlich an Wucht zu verlieren. Diese Drohung ist selbst bedroht und Frankreich kann heute auf seinem Goldhort von derzeit elf Milliarden Mark längst nicht mehr so ruhig und überlegen sitzen wie in den letzten fünf Jahren.

Friedens- oder Kriegskonferenz?

Gewitter über Genf.

Auf der Weltabrüstungskonferenz in Genf treffen sich nach jahrelangen Vorbereitungen die Vertreter von 61 Staaten, um den Versuch zu machen, nicht nur das Wettwüsten zu beenden, sondern auch die vorhandenen Rüstungen wesentlich einzuschränken. Außer den moralischen Gründen sprechen für die Weltabrüstung auch vertraglich festgelegte Verpflichtungen. Sowohl der Versäcker Vertrag wie der Völkerbundpakt fordern die Abrüstung. Der erstere nach Maßgabe der von Deutschland bereits vorgenommenen Entwaffnung. Um den berüchtigten Konventionentwurf, den Deutschland mit Recht auf das schärfste ablehnt, werden im Lauf der nächsten Wochen und, wie zu befürchten ist, auch die nächsten Monate heftige Kämpfe entbrennen. Von ihrem Ausgang wird es abhängen, ob in der Abrüstungsfrage irgendwelche nennenswerte Fortschritte erzielt werden können.

Der Brand im Fernen Osten gibt der Konferenz eine eigenartige Beleuchtung, und der Geschichtsdonner und Rausch bietet ihr einen drohenden und warnenden Begrüßungsfall. Hoffentlich bereitet er ihr nicht ein vorzeitiges Ende und damit dem ganzen Völkerbundgedanken eine Niederlage, von der er sich kaum mehr erholen dürfte. Der Aufruf zur Konferenz brachte gleich ein Gewitter, in dem sich die bis zur Hochspannung geladene Atmosphäre in Genf treffend kennzeichnet. Zwischen dem abrüstungsfreundlichen Präsidenten der Konferenz, Henderson, und dem Generalsekretär des Völkerbundes, Drummond, kam es zu Differenzen, die die gereizte Stimmung zeigen, in der anscheinend die Verhandlungen auch ihren weiteren Verlauf nehmen werden.

Von Abrüstung darf nicht gesprochen werden!

Die zensierte Eröffnungsrede. Zwischen dem Präsidenten der Abrüstungskonferenz, Henderson, und dem Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, ist es zu einer ersten Meinungsverschiedenheit gekommen. Henderson hatte bereits in London seine Eröffnungsrede in allen Einzelheiten ausgearbeitet, in der ein allgemeines Programm der Aufgaben und der Ziele der Abrüstungskonferenz entwickelt wird. In der Rede wollte Henderson den entscheidenden Nachdruck auf die Ehrenverpflichtung aller Staaten legen, auf der Abrüstungskonferenz zu einer allgemeinen und ernsthaften Herabsetzung der Rüstungen zu gelangen. Der Generalsekretär des Völkerbundes, dem der Entwurf der Rede vorgelegt worden war, hat jedoch auf das entschiedenste gegen die scharfe Formulierung Hendersons protestiert und die entscheidenden Teile der Rede herausgehakt mit der Begründung, daß es nicht Aufgabe des Präsidenten der Abrüstungskommission sei, ein allgemeines Abrüstungsprogramm vor der Konferenz zu entwickeln.

Der Präsident der Abrüstungskonferenz, Henderson, sah sich schließlich gezwungen, die vom Generalsekretär des Völkerbundes bearbeitete Fassung seiner Rede anzunehmen, die sich jetzt lediglich auf einige allgemeine Formulierungen beschränkt und damit an ihrer politischen Bedeutung außerordentlich eingebüßt hat! Dieses Vorgehen des Generalsekretärs des Völkerbundes hat allgemeines Versehen ausgelöst, da man darin eine völlig unzulässige Einmischung des Völkerbundsekretariats in die Befugnisse des Präsidenten der Abrüstungskonferenz erblickt. Das Vorgehen des Generalsekretärs des Völkerbundes trage einen rein politischen Charakter und bezwecke offensichtlich, jede Festlegung der Abrüstungskonferenz durch die Rede des Präsidenten zu verhindern.

„Eine geschichtliche Stunde hat geschlagen.“

Henderson über die Aufgaben der Konferenz. Der Präsident der Abrüstungskonferenz, Henderson, führte in seiner Eröffnungsrede folgendes aus: Die Konferenz steht vor der tragischen Tatsache, daß im Augenblick der Eröffnung seiner Arbeiten im Fernen Osten eine außerordentlich schwierige Lage entstanden ist. Es ist eine imperative Pflicht für die Unterzeichnerstaaten des Völkerbundes und des Kellogg-Paktes, sich an die genaue Einhaltung dieser beiden großen Sicherheiten und Garantien gegen Krieg und Gewalt zu halten. Eine geschichtliche Stunde hat geschlagen. Die Konferenz ist einzigartig in ihrer Bedeutung und umfaßt die Vertreter des Völkerbundes und der außerhalb des Völker-

bundes stehenden Staaten. Hier sind nunmehr die Vorkämpfer von 1700 Millionen Menschen versammelt. Die Konferenz hat Fragen aller Nationen und aller Klassen der Welt zu behandeln. Aber die Schwierigkeiten darf man sich keinen Illusionen hingeben. Wir müssen den festen Entschluß zeigen, diese Schwierigkeiten zu überwinden und Wege zu schaffen, neue glorreiche Ausblicke der Menschheit zu eröffnen.

Die Aufgabe der Konferenz besteht daher nach meiner Auffassung in folgenden drei Punkten:

1. Ein gemeinsames Abkommen über ein wirksames Programm praktischer Vorschläge, um so schnell wie möglich eine wesentliche Herabsetzung und Beschränkung der Rüstungen aller Länder zu erreichen.
2. Keinerlei Rüstungen außerhalb des jetzt festzulegenden Rahmens des Vertrages, durch den sich alle Nationen verpflichten, das große Ziel der allgemeinen Abrüstung zu erreichen.
3. Sicherung der weiteren Arbeiten, um das endgültige Ziel zu erreichen, auf dem Wege ähnlicher Konferenzen, die in kurzen Zeitabständen zusammenzutreten sollen.

Es kann nicht geleugnet werden, daß die Furcht der Nationen vor Angriffen einer der Gründe für die Aufrechterhaltung der schweren Rüstungen in der Welt war. Dennoch bedeutet das Bestehen von Rüstungen eine der Hauptursachen der gegenseitigen Furcht und des Argwohns, die das internationale Leben vergiften, den Willen zum Frieden paralysieren und die Nationen immer wieder in das Wettwüsten schleudern. Der Völkerbund hat seit seinem Beginn an der Organisation des Friedens gearbeitet.



Henderson, der Vorsitzende der Abrüstungskonferenz.

Aber das Empfinden für die Unsicherheit hat bisher fortgesetzt zu neuen Rüstungen geführt und das Anwachsen der Rüstungen führte seinerseits wieder zu einem fortgesetzten Anwachsen des Empfindens der Unsicherheit. Dieser Zirkelschluß muß jetzt unterbrochen werden.

Die Mitglieder des Völkerbundes haben sich im Artikel 8 des Völkerbundpaktes verpflichtet, daß die Aufrechterhaltung des Friedens eine Herabsetzung der nationalen Rüstungen zu dem niedrigsten Punkte fordert, der mit der nationalen Sicherheit vereinbar ist und mit gemeinsamem Vorgehen die internationalen Verpflichtungen zu stärken. Es bestand bisher das allgemeine Erwarten, daß die Verpflichtung des Artikels 8 des Völkerbundpaktes so schnell wie möglich ausgeführt würde.

Diese Verpflichtung bleibt weiter auf allen Mitgliedern des Völkerbundes lasten und jeder einzelne muß jetzt versuchen, den Völkerbund von dieser Verpflichtung zu befreien. Der Völkerbund hat bisher keine Zeit verloren, dieses Problem in Angriff zu nehmen.

Präsident Henderson gibt sodann einen langen historischen Überblick über das bisherige Verhalten des Völkerbundes auf dem Gebiete der Abrüstung.

Henderson schloß dann mit den bedeutungsvollen Worten: Gegenwärtig kann es nur eine Gleichheit der Rechte für jede Nation in der von uns gebauten freien Gesellschaft der Völker geben. Es kann nur die Brüderlichkeit aller Völker geben, die in Zukunft nicht mehr Feinde, sondern treue Freunde sein werden. Es kann nur jetzt die Freiheit für jedes Volk geben, sein Leben ohne Furcht vor Ungleichheit, vor Bedrückung oder Krieg leben zu können. Laßt uns die große und auferlegte Aufgabe in Angriff nehmen, laßt uns Entscheidungen fällen und die Nationen den ersehnten Höhen entgegenführen.

Sofortige Einstellung der Feindseligkeiten verlangt!

Völkerverbund wünscht Einstellung des chinesisch-japanischen Konflikts.

In einer Sonder Sitzung des Völkerverbundes beschäftigte man sich nochmals mit den kriegerischen Ereignissen in China. Der englische Dominionsminister Thomas vertas stehend eine Erklärung der britischen Regierung, in der festgelegt wurde, daß

Schanghai der Schauplatz eines außerordentlich schweren Konfliktes geworden

sei, an dem schwere Artillerie, Maschinengewehre und Flugzeuge teilnehmen. Der Zustand eines Krieges sei damit praktisch eingetreten. Einer solchen Lage können die Mitglieder des Völkerverbundes nicht gleichgültig gegenübersehen.

Die englische Regierung hat daher, so betonte Thomas, gemeinsam mit anderen Regierungen beschlossene, neue Bemühungen zur Sicherung des Friedens einzuleiten. Die englische Regierung hat daher am Montag den Regierungen in Tokio und Kanton folgende Forderungen gestellt:

1. Einstellung aller Feindseligkeiten und aller Vorbereitungen zum Kriege;
2. Weiderseitige Zurückziehung der Truppen in Schanghai;
3. Schutz der internationalen Konzeption und Schaffung einer neutralen Zone in Schanghai;
4. Sofortige Einstellung der Verhandlungen, um den Konflikt im Geiste des Kellogg-Paktes und der Entschliessung des Völkerverbundes vom 9. Dezember vorigen Jahres zu regeln.

Nach der Erklärung Thomas' teilte Tardieu mit, daß die französische Regierung auf Grund der Mitteilungen der englischen Regierung unverzüglich ihre diplomatischen Vertreter in Tokio und Kanton beauftragt habe, in gleichem Sinne vorstellig zu werden. Die französischen Flottenstreitkräfte seien nach Schanghai unterwegs.

Der italienische Außenminister Grandi erklärte: Auch die italienische Regierung sei im Sinne der englischen Demarche in Tokio und Kanton vorstellig geworden.

Der deutsche Vertreter, Gesandter von Weizsäcker, teilte dann mit, daß er seiner Regierung unverzüglich die Erklärungen der Vertreter Englands, Frankreichs und Italiens übermitteln werde, damit die deutsche Regierung auch ihrerseits in den beiden Hauptstädten im gleichen Sinne vorstellig werden könne.

Frankreich und Italien schließen sich England an.

Der chinesische Gesandte Yen beschränkte sich auf die Mitteilung, daß er seiner Regierung über die Verhandlungen des Völkerverbundes Bericht erhalten würde.

Der japanische Botschafter Sato begrüßte das Vorgehen der englischen Regierung. Das Vorgehen der japanischen Truppen sei ausschließlich auf Anträge von Seiten Chinas und den fortgesetzten Bruch aller Vereinbarungen durch die chinesische Regierung zurückzuführen. Allgemeine Feindseligkeit erregte es, als der japanische Botschafter beantragte, unverzüglich die Ursachen der chinesischen Angriffe auf die japanischen Truppen zu untersuchen. Sato teilte weiter mit, daß die japanische Regierung einen englischen Vorschlag auf Schaffung einer neutralen Zone annehme.

Die Verhandlung wurde von Tardieu mit der Mitteilung geschlossen, daß Ziel der außerordentlichen Sitzung des Völkerverbundes sei gewesen, ein gemeinsames Vorgehen des Völkerverbundes mit den seit von der englischen Regierung vorgeschlagenen neuen Maßnahmen zu ermöglichen und die erschütterte Autorität des Völkerverbundes in diesem außerordentlich schweren Konfliktsfälle zu sichern.

Amerika schließt sich den Mächten an.

Nach Verhandlungen des Washingtoner englischen Botschafters mit Staatssekretär Stimson hat auch die Regierung der Vereinigten Staaten in einer neuen Note an China und Japan von beiden die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten in Schanghai gefordert.

Japanischer Kabinettsrat

Tokio, 2. Februar. Das japanische Kabinett behandelte am Dienstag die diplomatischen Schritte Englands und Amerikas. Für den Unterhalt der japanischen Truppen in China bewilligte das Kabinett 12 Millionen Yen (etwa 18 Millionen Reichsmark). Falls der Völkerverbund die Paragraphen 15 und 16 des Völkerverbundesvertrags gegen Japan anwenden sollte, so würde, wie verlautet, der Vertreter Japans möglicherweise den Austritt Japans aus dem Völkerverbund erklären.

Vorzeitige Reichstageseinberufung?

Zur Festsetzung der Reichspräsidentenwahl. In parlamentarischen Kreisen nimmt man an, daß der Reichstag voraussichtlich am Dienstag, den 16. Februar, zusammentreten wird, um zunächst den Termin für die Wahl des Reichspräsidenten festzusetzen. Der Reichstag wird dann zu entscheiden haben, ob er sofort in eine große außen- und innenpolitische Aussprache eintritt oder ob er sich zu dem bisher dafür vorgesehene Termin, dem 23. Februar, wieder vertagen will. In Regierungskreisen scheint der Wunsch vorzuherrschen, daß der Reichstag überhaupt erst am 23. Februar einberufen wird. Die endgültige Entscheidung über den Termin des Zusammentritts wird vom Kaiser rat, der voraussichtlich Ende dieser Woche sich veranlassen wird, geprüft werden.

England für Streichung der Tribute und Kriegsschulden.

Schatzkanzler Neville Chamberlain gab im Unterhaus bekannt, daß die englische Regierung für eine umfassende und dauernde Regelung der Tributfrage sobald wie möglich eintrete. Die englische Regierung glaube, daß dieses Ziel am besten durch eine allgemeine Streichung der Reparationen und Kriegsschulden erreicht werden könnte.

Die englische Regierung habe eine vorläufige Vereinbarung für das Jahr, das nach Ablauf des Hoover-Moratoriums beginnt, vorgeschlagen. Hierüber sei mit der französischen Regierung verhandelt worden. Es habe sich aber als unmöglich erwiesen, schon vor dem Zusammentritt der Regierungskonferenz zu einer vollen Einigung zwischen den hauptsächlichsten Mächten zu kommen. Es sei daher am besten, die Regelung der Frage der Konferenz vorzubehalten. Die zusätzlichen Verpflichtun-

Siedlernet, Bankenfusion, Autotruff.

Sächsischer Landtag. Dresden, 2. Februar.

(65. Sitzung.) Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt Innenminister Richter den Ministerialdirektor Dr. Mittel und den Ministerialrat Dr. Walter gegen Vorwürfe des nationalsozialistischen Abg. Studentowski in Schutz und weist Angriffe des sozialistischen Abgeordneten Hartig gegen Direktor Herrlich zurück.

Abg. Gütler (Soz.) begründet sodann einen Antrag seiner Fraktion, alle Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, den finanziell bedrängten Siedlern Hilfe zu bringen und die Mieten für Neubauwohnungen zu verbilligen.

Die Verschlechterung der Wirtschaftslage hat Neubauwörter und Siedler in eine besondere Notlage und in Zahlungsschwierigkeiten gebracht. Viele Siedler, die inzwischen erwerbslos wurden, sind in Gefahr, ihr Eigentum zu verlieren. Hierbei würden auch die als Baudarlehen gewährten Beihilfen aus der Aufwertungssteuer verloren gehen. In gleicher Lage sind die Besitzer von Neubauten, die ihre Wohnungen nicht mehr vermieten können. — Für die Regierung gab

Innenminister Richter folgende Erklärung ab: Die Regierung erhoffte eine wesentliche Linderung dieser Notlage durch die 4. Rotverordnung.

Diese Hoffnung hat sich leider nicht erfüllt. Wenn in der Presse die Erwartung ausgesprochen wurde, daß durch die Rotverordnung eine Mietenkung von 15 Prozent eintreten würde, so steht dagegen fest, daß die Senkung der Neubauwörter weit hinter den Erwartungen, meist hinter der Senkung der Mieten von Altwohnungen zurückbleibt. Die sächsische Regierung ist darum bereit, dem Landtag den Entwurf eines Gesetzes zu unterbreiten, durch das die gemäß § 2 des Gesetzes über Steuer- und Gebührenfreiheit von Wohnungsbauten auf sechs Jahre festgesetzte Befreiung von der Grundsteuer auf weitere zwei Jahre ausgedehnt werden soll. Sodann wird erwogen, die Tilgungsrate für die aus dem Wohnungsbauhof gewährten Baubehilfen ebenfalls auf weitere zwei Jahre in der bisherigen Höhe von 1 Prozent zu belassen. Ein Gesetzentwurf wird dringend empfohlen, dem Beispiel des Staates zu folgen, soweit ihre Vermögensverhältnisse es erlauben. In besonders schwierigen Fällen sei vielleicht die Tilgung der Baudarlehen auf gewisse Zeit ganz aussetzen. Die Tilgungsrate der ersten Hypothek könne durch Verhandlungen mit den Hypothekengläubigern auf das wirtschaftlich unbedingt gebotene Maß herabgesetzt werden. Die Regierung wird nach dieser Richtung auf die Hypothekengläubiger einzuwirken versuchen.

Nach weiterer Aussprache wurde der sozialdemokratische Antrag sowie ein Zusatzantrag der Volkrechtspartei angenommen, in dem gefordert wird, auf die Gemeinden einzutreten, in bedrängten geratenen Siedlern Erleichterungen zu gewähren. Zum nächsten Punkte:

Geschäftserweiterung der Sächsischen Staatsbank vom 31. Juli 1931 gibt Finanzminister Hedrich einige Erklärungen: Die Regierung ist davon überzeugt, daß der Zusammenbruch der beiden Bankinstitute sich zum Vorteil der Gesamtwirtschaft des Landes auswirken wird. Beide Institute seien mit der Wirtschaft des Landes eng verbunden. Man kann annehmen,

daß allein mit der Abca etwa zwei Drittel der sächsischen Wirtschaft in Geschäftsverbindung stehen. Diese schon bisher gemeinsame Richtung des Tätigkeitsgebietes beider Institute schaffe die denkbar besten Bedingungen für eine gedeihliche Zusammenarbeit.

Abg. Voigt (D.D.P.): Die vom Staate zu übernehmende Garantie erfordere einen sehr starken Einfluß des Staates auf das neue Gesamtinstitut. Daher müsse der Landtag regelmäßig über die Geschäfts- und -pläne unterrichtet werden. Personalveränderung möchte unterbleiben. Der Mensch steht höher als alle Sachwerte.

Abg. Kahner (S.L.P.): Hinsichtlich der Höhe der Staatsgarantie stehe nur fest, daß sie Hunderte von Millionen betragen könne, ohne daß eine Begrenzung nach oben vorgegeben sei. Der Landtag werde sich überlegen müssen, ob er nicht die Verantwortung in vollem Maße der Regierung übertragen müsse.

Abg. Gütler (S.P.) äußerte ähnliche Gedankengänge und Bedenken.

Abg. Dr. Gardt (Nat.): Die Stellung der deutschen nationalen Fraktion zum Eindringen der öffentlichen Hand in die Wirtschaft sei bekannt. Im Falle der Abca habe aber zweifellos ein Notstand vorgelegen. Der Erfolg der Übernahme einer Staatsbürgschaft habe sich darin gezeigt, daß eine Verdrängung eingetreten sei. Mit der Aufwertung der mündelhaften Gelder bis zu 20 Prozent werde die Abca sicher von keiner anderen Bank übertroffen.

Die Vorlage wird dann mit einigen Anträgen der Sozialdemokraten und der Volkrechtspartei an den Rechtsausschuß überwiesen.

Die Vorlage wegen Übernahme einer Garantie des sächsischen Staates für Kredite der Sparkassen bei der Reichsbank wurde ohne Aussprache dem Haushaltsausschuß A überwiesen. — Zu der Vorlage über die Übernahme einer Staatsbürgschaft beim

Zusammenbruch der sächsischen Kraftwagenindustrie betonte Finanzminister Hedrich, daß es sich nicht um die Gewährung einer baren Beihilfe aus der Staatskasse handele, sondern um die Übernahme einer Bürgschaft für einen von dritter Seite zu beschaffenden Kredit in Höhe von 6 Millionen Mark. Damit blieben Tausenden von Arbeitern Lohn und Brot erhalten.

Der volksparteiliche Abg. Frucht wandte gegen die Vorlage ein, daß es sich praktisch doch um eine Subvention handele. Er glaube nicht, daß die Gefahr der Inanspruchnahme der Bürgschaft nicht bestehe.

Abg. Raupach (Soz.): Seine Fraktion werde ihre grundsätzliche Ablehnung gegen diesen Plan der Regierung im Interesse der Arbeiterklasse hinhalten.

Der Wirtschaftsparteiliche Dr. Wilhelm erwidert in dem Plan der Regierung eine wirtschaftspolitische Rowdindigkeit.

Abg. Dr. Gardt (Nat.) betonte, daß wir nicht tatenlos zusehen dürfen, wenn unsere sächsische Automobilindustrie dem Ausland gegenüber ausländischer Kapitalien weiche; seine Fraktion stimme grundsätzlich dem Plan der Regierung zu.

Die Vorlage geht an den Haushaltsausschuß A. — Nächste Sitzung Dienstag, 9. Februar, 13 Uhr.

Sieben Flugzeuge mit 20 Personen vermisst.

Ein Flugzeug verbrannt aufgefunden.

Im Gebiet der Vereinigten Staaten wurden sieben Flugzeuge mit mehr als zwanzig Personen an Bord infolge Nebels und Sturmes vermisst. Luftpatrouillen, Militärflugzeuge, Automobile und Motorboote sind zur Suche ausgesandt worden. In den Bergen Kaliforniens entdeckte man die verbrannten Reste eines abgestürzten Flugzeuges. Von den übrigen sechs Flugzeugen hat man bisher noch nichts gefunden.

Hus unserer Heimat

Wilsdruff, am 3. Februar 1932.

Werkblatt für den 4. Februar.
Sonnenaufgang 7¹¹ | Mondaufgang 7¹¹
Sonnenuntergang 16¹¹ | Monduntergang 13¹¹
1632: Friedrich Böttger, Erfinder des Porzellans, in Schleiz geb.

Landmanns Arbeitkalender im Februar.

Eine der ältesten Bauernregeln setzt auf den zweiten Tag des Hornungs, auf Maria Lichtmess, eine der großen Zeitteilungsmarken des Arbeitsjahres. Denn jetzt muß sich der Landwirt darüber Rechenschaft ablegen, ob er noch die Hälfte des Raubfutters zur Verfügung hat, um sein Vieh bis zu der Zeit, in der neues Futter grünt, durch den Winter zu bringen. Die Hausarbeiten, auch die weiblichen, werden jetzt allmählich zu Ende gebracht. Eine ebenso große Rolle wie der Überschlag über das Viehfutter, hat noch bis weit in das neunzehnte Jahrhundert hinein die Sorge um das Brotkorn gespielt, von dem bis zu diesem Zeitpunkt ebenfalls nur die Hälfte verzehrt sein durfte, andernfalls man nun die Vachware mit allerhand Streckungs- und Erfräsmitteln zu verlängern begann. Aus dieser jahrhundertlangen Gewohnheit ist es dem Landmann in Fleiß und Mut übergegangen, daß er jetzt allerpätestens mit seinem Sommerbestellungspläne ins reine gekommen sein muß.

Denn von nun an steigt die drängende Arbeit in Monat für Monat anschwellendem Maße an. Die wärmere Sonne macht sich sichtbar schon in den lebendig werdenden Saat en bemerkbar und daher muß auf guten Abzug von Pfützen durch Offenhalten der Wasserfurten und gute Wirksamkeit der Drainröhren geachtet werden. Zum Ausstreuen des Kainits ist der letzte Termin gekommen, wo auf Weisen und Weiden überhaupt Kunstdünger noch mangelt, muß er schleunigst ausgebreitet werden, auch muß mit der Instandsetzung schadhafter Weidewäzungen begonnen werden. An Schuppen,

Wäsche und Hof ist Generalappell für alle Gerüst-, Maschinen, Wagen und Geschirre, die zur Frühjahrsbereitstellung benötigt werden, und wo noch Ausbesserungen nötig sind, darf keine Zeit mehr verloren werden.

Im Stall erfordern die Lämmer Aufmerksamkeit, Fäulnisplage und Leucht müssen bekämpft werden, die Zugochsen bekommen Zugapparaturen, um sie in vollen Leistungszustand für die Frühjahrsarbeiten zu versetzen. Große Reinigung der Stallställe und Taubenställe. Trennung der Rassen bei Reinzuchten, Bestellung von Bruteiern, Beginn der Frühbruten!

Im Garten die Mistbeete anlegen, das Auspflanzen der Bäume und Beerensträucher und ebenso den Schnitt der Hagebäume alsbald zu Ende führen. In der zweiten Monatshälfte, falls das milde Wetter anhält, mit den ersten Aussaaten ins freie Land beginnen, nämlich Gelb- oder Mohrrüben, Kapuzinerkadieschen, Spinat, frühe Erbsen; letztere jedoch in milden Lagen, ferner Petersilie und Petersilienwurzel. Wo offener Boden fleißig graben und rigolen. Manche pflanzen gegen Ende des Monats auch schon Schalotten und Strohzwiebeln, welche Frühfrüchte tragen, aus, damit sie sie bereits im Johann ernten können. Im Walde wird der Winterdieb beendet. Karpfenweiche müssen bei hartem Schneewasserzuströmen abgepflückt werden. Am Weinstand ist weiter auf strengste Ruhe zu halten. Treten aber Reinigungsflugtage ein, so ist auf Weilerichtigkeit zu achten, und weiselose Vögel sind mit Königinnen zu besetzen oder mit anderen Vögeln zu vereinigen.

Verschiebung des Deutschen Sängerbundesfestes in Frankfurt a. M. nicht beabsichtigt. Die Sängerschaft des Gauces Febr. hatte in diesen Tagen eine Entschliessung veröffentlicht, in der angesichts der Zeitverhältnisse eine Verschiebung des für Juli vorgesehene 11. Deutschen Sängerbundesfestes in Frankfurt a. M. gefordert wurde. Der Presseauschuß zur Vorbereitung des Bundesfestes erklärte nun in einer am Freitag abend abgehaltenen Sitzung, daß eine Verschiebung des Sängerbundesfestes vorausgesetzt, daß nicht katastrophale Veränderungen eintreten nicht beabsichtigt sei. Der Gesamtausschuß des Deutschen Sängerbundes, der über den Leipziger Antrag zu beraten hat, tritt erst Anfang oder Mitte April in Mainz zu einer Tagung zusammen, um unter Berücksichtigung der Zeitverhältnisse über die Frage der Abhaltung des Festes letztmalig Stellung zu nehmen. Zwischen geben die Vorbereitungsarbeiten des Festauschusses unverändert weiter.

Eigentümer zu Diebstahl gesucht. Bei dem im Amtsgereide Weisen einfindenden Landarbeiter Willy Müller werden ein grauhaariges Herrenjackett, ein Paar schwarze Damen-Leberhandschuhe mit zwei Knöpfen und ein Paar schwarze Lederhandschuhe vorgelagert. Müller will die Gegenstände beim Diebstahl in Wilsdruff gestohlen haben, doch sind Anzeigen hierüber nicht erstattet worden. Das Jackett und die Handschuhe habe er im April 1931 vom Vorlaaf eines Billengrundstückes, wo annehmbar ein Tierarzt wohnt, und die Gamaschen im November 1931 aus dem Vorlaaf einer Wohnung in der Nähe des Marktes gestohlen. Die Eigentümer können die Gegenstände beim Postamt in der Poststraße, 1. Postamt, in Empfang nehmen.

Warnung vor wilden Händlern. Es besteht leider noch immer die Notwendigkeit, das Publikum vor dem Kauf von wilden Händlern zu warnen. Vorbildlich ist in dieser Beziehung ein Aufruf der Industrie- und Handelskammer Zittau, die betont, vorsichtig zu sein im Wareneinkauf bei unbekanntem Verkäufer und Geschäftsfreisenden, die das Publikum in den Wohnorten aufsuchen, denn neben realen Händlern und Geschäftsfreisenden gibt es eine Anzahl unteiler oder sogenannter wilder Händ-

2. Ziehung 4. Klasse 200. Sächs. Landeslotterie

Ziehung am 2. Februar 1932

Die Gewinner, die Nummern, hinter welchen keine Gewinnbezeichnung steht, sind mit 500 Mark gezogen.

Table listing lottery winners with columns for prize amount (e.g., 40000, 10000), name, and address.

Table listing lottery winners with columns for prize amount (e.g., 9109, 1107, 1074) and name.

Table listing lottery winners with columns for prize amount (e.g., 10200, 883, 1000) and name.

Table listing lottery winners with columns for prize amount (e.g., 30007, 31452, 729) and name.

Table listing lottery winners with columns for prize amount (e.g., 45365, 112, 733) and name.

Table listing lottery winners with columns for prize amount (e.g., 61123, 62340, 627) and name.

Table listing lottery winners with columns for prize amount (e.g., 23063, 160, 579) and name.

Table listing lottery winners with columns for prize amount (e.g., 91038, 91046, 91054) and name.

Table listing lottery winners with columns for prize amount (e.g., 10516, 111, 107) and name.

Table listing lottery winners with columns for prize amount (e.g., 911, 911, 911) and name.

Table listing lottery winners with columns for prize amount (e.g., 120100, 120100, 120100) and name.

Table listing lottery winners with columns for prize amount (e.g., 120100, 120100, 120100) and name.

Table listing lottery winners with columns for prize amount (e.g., 120100, 120100, 120100) and name.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten

Advertisement for Herr Fritz Pieper, mentioning his death and the family business.

Advertisement for Berger-Bitter, featuring a bottle image and text describing its benefits.

Advertisement for a leather goods store, including Brunos Bretschneider.

Advertisement for 'Schützenhaus' business takeover.

Advertisement for an inventory sale (Inventur-Ausverkauf) by Eduard Wehner.

Advertisement for 'Hohma-Brot' and other bakery products.

Advertisement for Paul Rehn and Frau, business takeover.

Advertisement for a fast-food bakery (Zur Fastnachtsbäckerei).

Advertisement for a sausage shop (Hauswäppler).

Advertisement for a meat and slaughterhouse (Fleisch- und Schlachthalle) with a price list.

Advertisement for Alfred Pietzsch, featuring various food products like marmalade and jam.

Advertisement for a horse and carriage business (Original Ostpreussisch-Holländer u. Ostfriesischen).

Tagespruch

Laf uns nur immer Träume spinnen, wo das Leben hart verlag!

Ein Goldmacher erfindet das Porzellan

Von Joh. Fr. Böttgers 250. Geburtstag am 4. Februar 1932

In den letzten Novembertagen des Jahres 1701 geleitete ein starkes militärisches Aufgebot unter Führung eines kurfürstlichen Generals einen dicht verhängten Reisewagen von Wittenberg nach Dresden.

Johann Friedrich Böttger, am 4. Februar 1682 in Schleiß geboren, war mit 14 Jahren zum Apotheker nach Berlin in die Lehre gekommen.

Bis zum Jahre 1714 blieb Böttger seiner Freiheit beraubt. Man hielt ihn in mehr oder weniger strengen Gewahrsam, bis 1705 unter ganz angenehmen Umständen im Dreßdner Schloß, dann je ein Jahr in strengerer Haft auf der Albrechtsburg in Meissen und auf dem Königsstein.

Lafschlich ist die Erfindung der Porzellanherstellung bei Zusammenarbeit beider zu verdanken.

Japanischer Vormarsch

Japans Trümpfe.

Trotz aller japanischen Ablenkungsversuche und trotzdem die japanische Regierung es immer wieder so darstellt, als ob sie von Fall zu Fall durch das provozierende Vorgehen der Chinesen zu ihrem Vorgehen gezwungen würde, zeigt sich doch immer klarer das Planmäßige der japanischen Unternehmung.

Schüsse im Dunkeln.

Die nächtliche Beschießung Nanlings.

Bei der nächtlichen Beschießung der chinesischen Hauptstadt Nanjing durch japanische Kriegsschiffe brach nach den ersten Kanonenschüssen in der Stadt eine unbeschreibliche Panik aus.



Das bombardierte Nanjing.

hüllt war. Auch die Kraftwagenfahrer und Rikschafahrer mußten auf polizeilichen Befehl ohne Licht fahren, so daß sich viele Unfälle ereigneten.

Weitere schwere Kämpfe in Schanghai.

In Schanghai fand ein neuer Angriff der japanischen Marinesoldaten auf die chinesischen Stellungen statt, in Tschapei und beim Nordbahnhof, der mit Feldgeschützen und Maschinengewehren beschossen wurde.

150 chinesische Scharfschützen erschossen.

Nach chinesischen Zeitungsmeldungen haben die Japaner bisher 150 chinesische Gefangene wegen Scharfschießens erschossen.

Japanische Truppen in Charbin eingerückt.

Wie aus der Mandchurei gemeldet wird, sind japanische Truppen in Charbin eingerückt. Japanische Panzerwagen haben bereits die Vorstadt Alt-Charbin erreicht und befinden sich auf dem Vormarsch nach Charbin.

Der russische Botschafter in Tokio teilte dem japanischen Außenminister mit, daß er von seiner Regierung beauftragt sei, gegen die Besetzung der Stadt Charbin durch die japanischen Truppen zu protestieren.

Das „japanische Piratenkunststück“.

Zwischenfall im englischen Unterhaus.

Der englische Außenminister gab im Unterhaus Erklärungen über die englische Politik in Ostasien, die Lage in Schanghai und die letzten Vermittlungsvorschläge der Mächte ab.

gleich recht begehrt wurde, fehlten die Mittel, um die Einrichtung für die Herstellung im großen zu schaffen.

Dr. med. Elisabeth Degeener

Roman von Marliese Sonneborn

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

„Ich tanze am liebsten allein — und am schönsten. Aber ein weiß ich, der gern mit mir tanzt...“

Gisela wußte, was ihr den Ontel gefügig machte. „Oder — was meinen Sie, Doktor Degeener?“

Aber Doktor van Delden, der diese ihre Gedanken empfand, wehrte gutmütig ab. „So schlimm ist es ja auch gar nicht mit der Gisela.“

Um die Wahl des Reichspräsidenten.

Auf dem Presseempfang, den der Berliner Oberbürgermeister Sahm als Leiter des „Hindenburg-Ausschusses“ abhielt, gab er die Namen der Personen bekannt, die seinem Aufruf bereits Folge geleistet haben; andere, so hoffte er, würden noch folgen. Es ist interessant, einmal die Namen festzustellen, die ursprünglich als Mitglieder des Ausschusses oder wenigstens als zu den Verhandlungen eingeladenen Persönlichkeiten bezeichnet wurden, deren Namen aber in der jetzt veröffentlichten Liste fehlen. Es handelt sich bei den fehlenden Namen vor allem um folgende:

Dr. e. h. Brandes, Generaldirektor Dr. Brandt, Reichsfinanzminister Dr. Cuno, Edener, der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Ritter v. Epp, der Landvolksabgeordnete Dr. Gerek, der Vorsitzende der Bayerischen Verbände, Graf v. d. Goltz, der Präsident des Reichsriegerbundes, General v. Horn, der Vorsitzende des DDB, General v. Hutler, der Erste Präsident des Reichsverbandes, Graf Kalckreuth, der Vorsitzende des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Dr. Krupp v. Bohlen-Halbach, der Führer der Freien Gewerkschaften, Dr. Leipart, Herzog Adolf Friedrich von Mecklenburg, die deutschnationalen Reichstagsabgeordnete Müller-Ottfried, Geheimrat Dr. Ravens, der volksparteiliche Reichstagsabgeordnete Gouverneur z. D. Dr. Schneer, der Erste Bundesführer des Stahlbundes, Franz Selbte, Generaldirektor Dr. Springorum, Vizeadmiral v. Trotha, General v. Wächter.

Herr Hügel, der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes, legt Wert auf die Hervorhebung dessen, daß er den Sahm-Aufruf nur für seine Person und nicht für seinen Verband unterzeichnet habe. Das trifft für aller Unterzeichner des Sahm-Aufrufes zu.

„Die Stunde des jungen Deutschland.“

Die nationalsozialistische Parteiliteratur nimmt unter der Überschrift „Die Stunde des jungen Deutschland“ zur Frage der Reichspräsidentenwahl Stellung und schreibt u. a., die Situation liege so völlig klar, daß nur Völklichkeit oder hoffnungslose politische Blindheit sie nicht zu erkennen vermöge. Das moralische Recht und die innenpolitische Kraft, den deutschen Reichspräsidenten der nächsten sieben Jahre auf den Schild zu heben, habe allein die nationalsozialistische Freiheitsbewegung, die das Schicksal Deutschlands geworden sei. Das sei die Meinung des deutschen Volkes, und dieser Stimme des Volkes werde die nationalsozialistische Bewegung Geltung verschaffen. Sie werde auch den Kampf in der politischen entscheidenden Stunde der Präsidentschaftswahl nicht scheuen, wenn das Interesse der Nation es erfordere. Welche Wendung die vom Sahm-Ausschuß zu verantwortende Situation auch immer nehmen möge: über den Ausgang dieses Kampfes möge man sich keiner Täuschung hingeben. Mit den Nationalsozialisten werde das ganze nationale und soziale Deutschland marschieren, wenn es zur Entscheidung gerufen werde.

Überspannte Preisabbauewartungen.

Die wirtschaftliche Lage des Handwerks.

Vom Reichsverband des deutschen Handwerks wird geschrieben:

Ein Rückblick auf den Monat Januar beweist, daß die schwere Krise im Handwerk unvermindert fortbauert. Die Wirtschaftslage des Handwerks, die auch in normalen Zeiten im Januar ihren Tiefstand zu erreichen pflegt, hat sich in diesem Jahr katastrophal für das Handwerk gestaltet. In nahezu sämtlichen Handwerkszweigen hat die Verschlechterung der Geschäftsverhältnisse

weitere Fortschritte gemacht. Diese Feststellung trifft sowohl auf das Holzgewerbe als auch auf die metall- und lederverarbeitenden Handwerke zu. Selbst die Nahrungsmittelhandwerke berichten über einen fühlbaren weiteren Absatzrückgang. Auch die Bekleidungs- und sonstigen Textilgewerbe zeigen die Fühllosigkeit und sonstigen Festlichkeiten eine Beseitigung der Aufträge zu bringen pflegen, haben keine Aufträge vorliegen. Noch immer bilden neben der allgemein gesunkenen Kaufkraft:

Überspannte Preisabbauewartungen

ein erhebliches Hemmnis für die Wiederbelebung des Geschäfts. Die großen Inventurausverläufe, an denen das Handwerk nur wenig beteiligt ist, brachten dem Handwerk ebenfalls überwiegend eine Verringerung seiner Umsätze. Kennzeichen und grundlegend für die wirtschaftliche Lage des Handwerks ist auch das völlige Daniederliegen des Baumarktes. Trotz verhältnismäßig günstiger, zum größten Teil frostfreier Witterung ist die Bauwirtschaft vollständig zum Erliegen gekommen. Auch in den Bauhandwerken sind von gelegentlichen kleineren Reparaturarbeiten abgesehen, ebenfalls völlige Geschäftstillen eingetreten.

Die Preisgestaltung

ist natürlich stark gedrückt. Dazu kommt, daß die Zahlungen immer schlechter eingehen. Für die Handwerksbetriebe im Osten des Reiches macht sich die Eröffnung des Scherungsverfahrens für die landwirtschaftlichen Betriebe ungünstig bemerkbar, da ein großer Teil der Landwirte seinen Zahlungsverpflichtungen dem Handwerk gegenüber nicht nachkommt, so daß das Handwerk erhebliche Außenstände hat, die jetzt nicht beitreibar sind. Auf der anderen Seite aber wird von dem Handwerker Erfüllung seiner Verbindlichkeiten verlangt. Abgesehen von den niedrigen Preisen und den Zahlungsschwierigkeiten werden dem Handwerk auch erhebliche Verluste durch Konkurrenz usw. seiner Kundenschaft zugeführt.

Die Schwarzarbeit der arbeitslosen Gesellen

nimmt ebenfalls ständig zu und entzieht dem Handwerk viele Aufträge. Eine Bekämpfung dieser Konkurrenz wird auch immer schwieriger, weil bei Vorliegen einer Arbeit häufig der Vertrieb angemeldet und nach Fertigstellung der Arbeit wieder abgemeldet wird. Um dieser Form der Schwarzarbeit wirksam entgegenzutreten zu können, wäre zu fordern, daß bei Anmeldung eines Gewerbebetriebes eine hohe Anmeldegebühr zu entrichten ist.

Die Zahl der arbeitslosen Gesellen hat erheblich zugenommen. Die Zahl der beschäftigten Gesellen beträgt schätzungsweise im Durchschnitt nur noch 10 bis höchstens 20 Prozent des normalen Standes. Die Löhne sind entsprechend der vierten Notverordnung fast durchweg auf den Stand von 1927 gesenkt worden.

Hindenburg spendet 100000 Mark.

Für den Wiederaufbau des Stuttgarter Schlosses. Der Reichspräsident hat für den Wiederaufbau des Alten Schlosses in Stuttgart 100000 Mark aus seinem Verfügungsfonds bewilligt. Die Spende ist erfolgt, da es sich bei dem Alten Schloss um ein historisches Baudenkmal handelt, dessen Zerstörung ein Verlust des ganzen deutschen Volkes ist. Außerdem wird schon bei den Vorarbeiten für den Wiederaufbau zahllosen arbeitslosen Arbeitern Beschäftigung geboten. Der württembergische Staatspräsident hat Hindenburg den Dank der württembergischen Regierung und des schwäbischen Volkes für die Spende ausgesprochen.

Anhaltische Regierung zurückgetreten.

In der Sitzung des Anhaltischen Landtages wurde ein nationalsozialistischer Antrag mit 19 gegen 17 Stimmen angenommen, der dem Staatsministerium das Vertrauen entzieht.

Daraufhin erklärte die Regierung ihren Rücktritt. Vorher war ein deutschnationaler Antrag auf sofortige Auflösung und Neuwahl des Landtages mit 20 Stimmen der SPD, der Staatspartei und der Kommunisten gegen 16 Stimmen der Rechtsfraktionen abgelehnt worden.

Die Verfehlungen der Postagentin.

Weitere 250000 Mark unterschlagen.

Die Unterschlagung in der Postagentur Wasserburg in Bayern, wo die Postagentin Anna Steubl 208000 Mark unterschlagen hat, wächst sich zu einem noch größeren Skandal aus. Es kommt nämlich noch ein weiterer Betrag von 250000 Mark hinzu, der unter Mithilfe der Anna Steubl im Postamt Wegscheid bei ihrem dortigen Geliebten, einem verheirateten Postmeister, verschwunden ist.

Aber, ach Gott! dieser pflichterfüllte junge Mensch Elisabeth Degeener! Ganz gut, wenn sie auch einmal Am und Würden vergaß.

Er freute sich innig an der Harmonie dieser beiden ebenmäßigen, schlanken und hohen Gestalten.

Auch andere sahen es — auch Gisela sah es, wie diese beiden füreinander geschaffen schienen.

Heißer Reid stieg ihr auf.

Leu — das war ihr Freund.

Was wollte Elisabeth Degeener, die „alte, plumpe Mama Elisabeth“, mit ihrem Freunde?

In das reizende Kindergeicht trat ein häßlicher Zug: Anton und Mander — noch Arm in Arm — traten beiseite und schauten den beiden zu.

„Ei, ei! Sieh da! Die schöne Pfistersärztin!“, flüsternte maßlos die Laska.

Mander runzelte die Brauen.

„Schlamperei, daß Delden das duldet.“

„Delden, liebster Mander, duldet eben alles, was von der Degeener stammt. Daß Sie unschuldsvoller Engel das nicht sehen.“

Mander juckte mit den Achseln.

Erst nach einer Weile empfand er, wie innig Anton an seiner Schulter und in seinem Arm lehnte.

Er machte sich verlegen los und sah nach Adelgunde hinüber.

Adelgunde jedoch blickte in eine andere Richtung, schien weder auf ihn noch auf die Laska geachtet zu haben.

Stumpfsinnige Kuh, dachte Mander roh; selbst zur Eifersucht zu dßig!

Und in jorziger Betrachtung der Braut drückte er die toleste Frau enger an sich.

„Gott — was Sie schön sind!“ flüsternte er heiser.

„Und Sie, liebster Mander, sind mir viel zu schade für diese plumpe Unschuld vom Lande. Gott, Artur, wenn wir beide nicht gebunden wären...“

Sie konnte es ruhig sagen — eben weil sie gebunden war. Mander als ihr Mann? Sie dachte heimlich bei dem Gedanken.

Der preussische Haushalt.

Finanzminister Klepper im Hauptausschuß des Landtages. Finanzminister Dr. Klepper erklärte im Hauptausschuß des Preussischen Landtages u. a., die Maßnahmen des Staates hätten sich einfach der wirtschaftlichen Entwicklung anzupassen. Rückläufige Wirtschaft habe Senkung der Staatseinnahmen zur Folge. Den verminderten Einnahmen gegenüber müßten die Ausgaben gesenkt werden, sonst komme man zur Inflation, die man bis jetzt glücklich habe vermeiden können. Sie weiter zu verhindern, sei die vornehmste Aufgabe. Daraus ergäben sich die Vorsetzungen für die Aufstellung des Haushaltes vom selbst.

Der Haushalt werde unter allen Umständen dem Landtage rechtzeitig vorgelegt und nicht ohne ihn verabschiedet werden.

Bei den Staatsausgaben sei eine Senkung um insgesamt 33 Prozent nicht zu umgehen. Deshalb könnten Ausgabenersparungen nicht nur mit sofortiger Wirkung ins Auge gefaßt werden, sondern man müsse auch an Sparmaßnahmen auf weite Sicht denken. Personalpolitische Absichten lägen dabei der Staatsregierung völlig fern.

Abänderung der Hauszinssteuer in Preußen?

Die Regierungsparteien des Preussischen Landtages traten zu einer Besprechung zusammen, um eine Abänderung der Hauszinssteuerbestimmungen mit dem Ziele sozialer Erleichterungen zu beraten.

Der Stand der Fürstenabfindung.

Die Verpflichtungen der Länder.

Im Rechtsausschuß des Reichstages gab ein Vertreter des Reichsinnenministeriums einen Überblick über die finanziellen Leistungen der Länder gegenüber den vormals regierenden Fürstenhäusern. Preußen hat an laufenden wiederkehrenden Leistungen lediglich Pensionen an frühere Hofbeamte zu zahlen, die im letzten Haushaltsjahr 28 Millionen Mark betragen. Sachsen hat eine laufende Rente zu zahlen, eine sogenannte Schuldenrentenrente, jedoch ist diese Angelegenheit noch strittig. Württemberg hat an das frühere württembergische Königshaus eine jährliche Rente von 50000 Mark zu entrichten, die bis 1937 mit dem Zinsfuß Betrag abgelöst wird, und eine Rente von 70000 Mark an die frühere Königin. Die jährlichen Zahlungen des Landes Medlenburg-Schwerin betragen 21000 Mark an den früheren Großherzog, zahlbar bis 1938, je 11250 Mark auf Lebenszeit an die Herzogin Marie Antoinette und eine Prinzessin sowie 17000 Mark an die Herzogin Elisabeth. Ferner steht dem Herzog Adolf Friedrich auf Lebenszeit der Kleinstbetrag von 1000 Hektar Forst in einem geschätzten Werte von etwa 40000 Mark jährlich zu. Braunschweig trägt lediglich anteilig die Rudelgehälter und Hinterbliebenenbezüge für 24 Beamte. Oldenburg hat keinerlei Leistungen mehr zu zahlen. Schwarzburg-Rudolstadt hat zu zahlen 12000 Mark Leibrente an die Prinzessin Thessa, 60000 Mark Wittum an Anna-Luise, zwei vererbliche Leibrenten von je 5150 Mark, eine beschränkt vererbliche Leibrente von 18000 Mark an Prinz Friedrich Günther, 12000 Mark Wittum an die verwitwete Prinzessin Alexandra und zwei Leibrenten von je 6000 Mark. Das Land Mecklenburg hat keinerlei Renten zu zahlen.

Auto stürzt ab und verbrennt.

Drei Tote, ein Kind schwer verletzt.

Zwischen Dattensfeld (Sieg) und Hoppengarten ereignete sich ein Autounfall, dem drei Menschenleben zum Opfer fielen. Der Lieferwagen der Firma Allgemeine Brennstoff-Handels-Gesellschaft in Bonn stürzte — wahrscheinlich infolge eines Reifenabrades — eine drei Meter hohe Böschung ab und geriet in Flammen. Der Wagenführer und seine Frau sowie ein fünfjähriges Kind waren sofort tot, während ein weiteres Kind mit schweren Brandverletzungen ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Die Feuerwehr war in kurzer Zeit zur Stelle und sperrte das Gelände um die Unfallstelle ab, da man mit Brennstoffexplosionen rechnete.

Dr. med. Elisabeth Degeener

Roman von Marliese Sonneborn

Copyright by Martin Fruchtwanter, Halle (Saale)

[38]

Gisela war allerdings ein bißchen zu klein und zierlich für den hoch- und schlankgewachsenen Ley.

Anton und Mander schah es mit Genugtuung.

Sie möchte einmal mit diesem Ley tanzen.

„Was meinen Sie, Mander — wagen wir auch ein Tänzchen?“ fragte sie schelmisch-keck den ernsthaften Herrn.

„Oder willst du mit mir tanzen?“ fragte Mander plump seine Braut.

Adelgunde schüttelte mit dem Kopfe.

„Ja? Kei! Laß mich man.“

„Gisela! Genug! Und nun marsch ins Bett!“

„Meinetwegen — Ach, Onkel Hannes, war das schön!“

Sie lehnte an Doktor van Deldens Schulter, etwas atemlos, mit klopfendem Herzen, aber unfähig glücklich.

Er hatte es sich nicht überlegt, folgte nur einem dunklen Triebe, einem plötzlichen Einfall. Aber während Doktor Mander die Laska mit der pomphaften Würde, die ihm eigen, gerade zum Tanz führte, verneigte sich Ley, strahlend schön wie ein junger Gott in der Erregung des Tanzes und im Raufsch des Augenblicks, vor Doktor Elisabeth Degeener.

„Ergelienz gewahren mir den Vorzug?“

Ganz unwillkürlich gebrachte er die formelle, gesellschaftliche Anrede. Er hatte die Ärztin vergessen, sah nur die Dame, die begehrenswerte, junge, heimlich geliebte Frau.

Und Doktor Elisabeth Degeener — wie unter einem Zwang — erhob sich, ohne zu überlegen.

Doktor van Delden stupte.

Als Anstaltsärztin war sie so etwas wie eine Vorgesetzte Laska!

„Bin ich gebunden?“ fragte Mander zweifelnd in ihre geheimsten Gedanken hinein. „Die paar tausend Mark, die ich dem Onkel schulde, trage ich leicht ab — und das Mädchen...“

„Wie konnten Sie nur...“

Mander unterbrach Anton.

„Sie erschien mir ganz anders, da zwischen den Pferden und Kühen. Und Liebe... Himmel, nein! Aber Geld hat sie.“

„Das haben andere auch.“

Und als er schwieg:

„Einmal möchte ich dich küssen, Artur! Weißt du ein verschwiegenes Bläschen?“

„Um Gottes willen!“ unterbrach er sie. „Das könnte mich meine Stellung hier kosten! Nein, Kind, auf so etwas lasse ich mich nicht ein.“

Philister, dachte Anton.

Antwortend flüsternte sie zwar:

„Du hast recht. Wie bewundere ich deinen festen Charakter!“

Aber er war ihr mit einem Male unaussprechlich zuwider.

Ley hatte sich über Elisabeth Degeener gebeugt.

„Ich bin ein Nichts gegen Sie! Wie verachte ich meine Nichtigkeit!“

Doktor Elisabeth Degeener antwortete:

„Für mich sind Sie die Welt!“

Die Ärztin verstummte.

„Kun ist es aber des Tanzens genug!“ gebot Doktor van Delden. „Morgen steigen sonst einige Fieberkurven zu hoch.“

Man sagte sich unter lächelnden und nicht ernstgemeinten Proiecken.

„Aber“, schlug eine junge Dame vor, „wir wollen dennoch unseren Abend bis zur Reize genießen — und fröhlich genießen. Wir wollen Gesellschaftsspiele machen — lustige, heimliche. Kennen Sie das Spiel: Degeener?“ Niemand konnte es.

(Fortsetzung folgt.)

Was fordert Deutschland?

Die Richtlinien für die Abrüstungskonferenz.

Deutschland hat die Bestimmung des Versailler Vertrages über seine Entwaffnung in vollem Umfange durchgeführt; seine früheren Kriegsgegner haben das formell anerkannt. Deutschland hat die allgemeine Wehrpflicht abgeschafft; verfügt über keine ausgebildeten Kräfte. Sein Kriegsmaterial ist bis auf einen kleinen Restland verschrottet. Seine Flotte ist zum größten Teil, die U-Boote und die Luftflotte vollständig, vernichtet; seine Kriegsindustrie ist zerstört.

Deutschland hat einen moralischen und juristischen Anspruch darauf, daß dieser ungeheuren Vorleistung die allgemeine Abrüstung nun endlich folgt. Die Verpflichtung dazu ruft niemand zu bestreiten. Über die Forderungen, die Deutschland auf der Abrüstungskonferenz stellen muß, äußert sich in seinem Buch „Abrüstung oder Kriegsvorbereitung“ A. V. von Verden. Der dem Reichswehrministerium nahestehende Verfasser führt u. a. folgendes aus: „Führende Politiker unserer künftigen Kriegsgegner haben diese Verpflichtung zur allgemeinen Abrüstung immer wieder feierlich anerkannt. Aber den Worten muß endlich die Tat folgen. Eine solche Tat wird jedoch durch die von der Vorbereitenden Abrüstungskommission ausgearbeiteten Entwürfe nicht vorangetrieben. Die militärischen Sachverständigen unserer früheren Kriegsgegner haben die in den militärischen Klauseln des Versailler Vertrages niedergelegten Methoden, nach denen Deutschland abgerüstet wurde, für wirksam gehalten. Der Entwurf der Vorbereitenden Abrüstungskommission will andere Methoden anwenden. Die Abrüstung der anderen soll sich also nach anderen Methoden vollziehen, als die Entwaffnung Deutschlands. Wenn die Genfer Methoden wirksam wären als die Versailler, so wäre dagegen nichts einzuwenden. Tatsächlich aber läßt der Entwurf der Vorbereitenden Abrüstungskommission alle wesentlichen Faktoren außer Betracht, und zwar gerade auch die, die für die deutsche Abrüstung maßgebend waren. Würde der Entwurf der Abrüstungskommission in seiner heutigen Form auf der allgemeinen Abrüstungskonferenz angenommen, so wäre die Abrüstung der anderen nur eine Scheinabrüstung, die Abrüstung Deutschlands aber weiter eine tatsächliche. So dürfen die Dinge auf keinen Fall laufen. Ebenfalls könnte Deutschland sich an einer derartigen Scheinlösung des Problems der allgemeinen Abrüstung keinesfalls beteiligen; denn das würde bedeuten, daß für Deutschland auch in Zukunft hinsichtlich der Abrüstung und damit der nationalen Sicherheit ein anderes, ein minderes Recht gälte als für die anderen Völker; daß also Deutschland weiter aus dem Kreise der vollberechtigten Nationen ausgeschlossen bliebe. Mit dem Grundsatz der Gleichberechtigung der Völker, der Grundlage des Völkerbundes, wäre eine solche Regelung unvereinbar.“

Der Ruf, mit dem wir auf die Abrüstungskonferenz nach Genf gehen, muß deshalb lauten: die allgemeine Abrüstung ist unser vertragliches Recht; sie ist eine moralische und juristische Pflicht der anderen. Nur eine allgemeine Abrüstung auf dem Boden völliger Gleichberechtigung, d. h. eine Abrüstung nach für alle Teilnehmer gleichen Methoden kann das Ziel sein. Deutschland vertritt jedes Abrüstungsabkommen, das nicht auf dem Grundsatz völliger Gleichberechtigung aller Völker beruht. Weil der Entwurf der Abrüstungskonferenz der Vorbereitenden Kommission gegen diesen Grundsatz verstößt, hat Deutschland ihn abgelehnt.

Ohne Sicherheit keine Rüstungsbeschränkung!

Erklärungen der Mitglieder der französischen Abrüstungsabordnung.

Vor ihrer Abreise nach Genf gaben mehrere Mitglieder der französischen Abordnung für die Abrüstungskonferenz dem „Excelsior“ Erklärungen über die französische Haltung. Oberst Fabry führte u. a. aus, die Rüstungsbeschränkungen müssen auf einer festen und soliden Organisierung des Friedens aufgebaut werden. Vor allen Dingen sei es notwendig, das durch die Verträge geschaffene internationale Recht zu achten und ein System der von allen Staaten akzeptierten Schiedsgerichtsbarkeit zu organisieren. Die Verträge, durch die der status quo aufrechterhalten werde, dürfen nicht verletzt oder verändert werden. Die zurzeit bestehenden internationalen Einrichtungen, wie etwa der Haager Schiedsgerichtshof, seien in ihrem Wirkungsbereich zu sehr eingeschränkt, und ihre Rechtsprechung erstrecke sich nur auf diejenigen Völker, die sie anerkannt hätten. Schließlich müsse eine internationale Polizeimacht unter dem Gesichtspunkt der gegenseitigen Hilfeleistung geschaffen werden. Frankreich habe seine Truppenstärke bereits in lokaler Weise herabgesetzt und sei bereit, seine Armee im Einvernehmen mit dem Völkerbund zur Bekämpfung eines unberechtigten Angriffes zur Verfügung zu stellen. Allerdings könne Frankreich diese Pflicht nicht allein übernehmen, sondern erwarte, daß alle Mächte an den militärischen Sanktionen gegen den Angreifer teilnehmen. Als Angreifer habe derjenige Staat zu gelten, der sich der Schiedsgerichtsbarkeit nicht unterwerfe, die Beschlüsse des Völkerbundes nicht achte oder mit bewaffneter Macht eine entmilitarisierte Zone bzw. ein fremdes Gebiet besetze. Wenn man in Genf das System der gegenseitigen Unterstützung nicht anerkennen sollte, so hätten die übrigen Völker nicht das Recht, über den Rüstungsstand eines Landes zu urteilen oder seine Rüstungen als zu hoch zu bezeichnen. Der betreffende Staat (d. h. natürlich Frankreich) behalte dann das Recht, das Mindestmaß seiner Rüstungen im Einklang mit seinem Sicherheitsbedürfnis selbst zu bestimmen.

Der Kriegsmarineminister Dumont erklärte, Frankreich sei zur Rüstungsbeschränkung zur See bereit, müsse jedoch diejenigen Defensivrüstungen ausrechterhalten, die seine geographische Lage und die Sicherheit der Seewege erforderten. Frankreich habe bereits eine Begrenzung der Rüstungen durchgeführt. Der Haushaltsplan für 1931/32 sehe nur ein einziges U-Boot-Programms vor. Im Jahre 1931 habe man ein U-Boot-Schiff und drei überalterte Kreuzer ersetzen müssen, während das Bauprogramm für 1932 Ersatzbauten für vier überalterte Kreuzer vorsehe. Frankreich wolle keinem anderen Land Konkurrenz machen, sondern nur für seine Sicherheit Sorge tragen. Die französische Sicherheit fordere den Schutz der Truppentransporte aus dem nordfranzösischen Kolonialgebiet nach Europa, den Schutz der Kolonien und schließlich die Verteidigung der eigenen Küste. In diesen Grenzen sei Frankreich stets bereit, eine Rüstungsbeschränkung vorzunehmen. Das sei nach einem internationalen System möglich, das den Angreifer bestrafe und dem Angegriffenen Hilfe bringe.

Luftfahrtminister Dumesnil führte u. a. aus, daß Frankreich seine Haltung in der bekannten Denkschrift klar umrissen habe. Das Luftflotten-Bauprogramm von 1924/25 habe für das französische Mutterland 2247 Flugzeuge vorgesehen. Von dieser Zahl sei man jedoch zurzeit im europäischen Frankreich weit entfernt. Die Luftflotte müsse auf das Sicherheitsbedürfnis Frankreichs im gegenwärtigen Zustand Europas und der Welt eingestuft sein. Sie müsse eine dreifache Aufgabe im Sinne der Landesverteidigung, der Verteidigung des französischen Kolonialreiches und der Zusammenarbeit mit den Streitkräften zu Wasser und zu Lande erfüllen. Auch auf dem Gebiet der Luftwaffe, die nur für Verteidigungszwecke geschaffen sei, könne Frankreich keine weiteren Begrenzungen durchführen, solange seine Sicherheit nicht durch eine internationale Organisation garantiert sei.

Tribunfront gegen Deutschland?

Neue Tributkonferenz in Genf geplant.

Von zuverlässiger ausländischer Seite wird mitgeteilt, daß die Verhandlungen über die Reparationsfrage zurzeit mit größtem Nachdruck zwischen den europäischen Hauptstädten fortgeführt würden. Sollte sich bis Anfang nächster Woche die Grundlage einer Einigung abzeichnen, so sollen die Außenminister von England, Frankreich, Italien und Belgien in Genf zusammenzutreten, um die grundsätzlichen Vereinbarungen festzulegen und ein Abkommen auszuarbeiten. Die deutsche Regierung soll sodann eingeladen werden, mit den vier Hauptgläubigermächten Deutschlands zu einer Konferenz in Genf zusammenzutreten, um eine endgültige Lösung in der Tributfrage zu finden. Solche Vorverhandlungen der Hauptgläubiger über die Tributfrage ohne Hinzuziehung Deutschlands sind geplant.

Landes sind verdächtig und müssen den schärfsten Widerspruch Deutschlands hervorgerufen. Kommt Deutschland dann nach Genf, so sieht es sich bereits einer geschlossenen Front gegenüber. Von einem ernsthaften Verhandeln mit gleichen Rechten für beide Parteien kann dann kaum noch die Rede sein. Ein derartiges Vorgehen der wahrscheinlich auf den französischen Standpunkt geeinigten Mächte sieht sehr nach einem Diktat aus, zu dem Deutschland nur ja oder nein sagen soll.

Macdonald operiert.

Wiederannahme seiner Dienstgeschäfte in vierzehn Tagen.

Wegen einer Verminde rung der Sehkraft auf dem linken Auge mußte sich Ministerpräsident Macdonald einer Operation unterziehen. Es wird etwa vierzehn Tage dauern, ehe er wieder seine dienstliche Tätigkeit aufnehmen kann. Dementsprechend wird sich sein Besuch bei der Abrüstungskonferenz verschieben. Die Vertretung im Unterhaus übernimmt Baldwin.

Die Konferenz der Generale und Admirale.

Die Teilnehmer der Abrüstungskonferenz.

Die Weltabrüstungskonferenz umfaßt nach der amtlichen Abordnungsliste des Völkerbundssekretariats die Vertretungen von 61 Staaten, davon die zehn Nichtmittgliedsstaaten des Völkerbundes: Vereinigte Staaten, Sowjetrußland, Türkei, Afghanistan, Aboessinien, Mexiko, Brasilien, Costa Rica, Hedschas und Ecuador. Die Republik San Domingo ist durch einen Beobachter vertreten. Der Konferenz gehören an: fünf Ministerpräsidenten, 24 Außenminister, 28 Generale und 15 Admirale, ferner unzählige Generalkonstab- und Admiralkonstaboffiziere, Militärattachés, zahlreiche Vizekonsuln, Gesandte und hohe Beamte der Außenministerien.

Kurze politische Nachrichten.

Die Belastung der Reichsbank zum Ultimo war mit 306 Millionen Mark Steigerung der gesamten Kapitalanlage verhältnismäßig gering. Der Notenumlauf stieg nur um 200 Millionen Mark. Der Gold- und Devisenstand geht aber weiter. An Gold verlor die Reichsbank 2,5 und an bedeckungsreichen Devisen 6,2 Millionen Mark. Das Deckungsverhältnis ist infolgedessen von 26,4 auf 24,8 Prozent zurückgegangen.

Der Sohn und persönliche Adjutant des Reichspräsidenten, bisheriger Oberstleutnant von Hindenburg, ist zum Oberst ernannt worden.

Das bayerische Ministerium des Innern hat die Reichsregierung unter Hinweis auf die wirtschaftliche Notlage in Handel und Gewerbe um baldige Fertigstellung des Entwurfs zur Änderung der Gewerbeordnung ersucht. Es hat dabei besonders auf die Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung gegen das Abergewinnnehmen der Schwarzarbeit und gegen die Ausbreitung der Warenhäuser und Einheitspreisgeschäfte hingewiesen.

Der Reichspräsident hat anlässlich des 200-jährigen Bestehens der Preussischen Geschäftswartung an den preussischen Oberlandesstaatsminister folgendes Glückwunschschreiben gerichtet: „Der Preussischen Geschäftswartung, die heute auf ein zweihundertjähriges Bestehen zurückblickt, spreche ich meine warmsten Glückwünsche und ihr und allen Verdienstlichen Deutschlands meinen Dank und meine Anerkennung für ihre Leistungen aus. Ich hoffe und vertraue, daß die Preussische Geschäftswartung auch in der Zukunft der deutschen Verdienst- und der deutschen Landwirtschaft eine starke Stütze bleiben wird!“

Dr. med. Elisabeth Degeener

Roman von Marliese Sonneborn
Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

Run erklärte die Dame: „Man geht immer paarweise miteinander. Einige gehen allein. Die Paare legen sich Namen bei. Blumenamen, etwa Rose und Veilchen, Aster und Georgine. Wenn nun ein Einzelner einem Paar begegnet, fragt er: Wie heißt ihr? Die beiden nennen ihre Vornamen und der Einzelne wählt. Er geht dann mit der eroberten Gefährtin weiter, und der oder die andere geht allein und sucht neuen Anschluß.“

Das Spiel fand Beifall. Es verblieb lustige Ueberrassungen, gab Gelegenheit zu heimlichem Flirt. Doktor van Delden schüttelte mit dem Kopfe. Aber es war bereits halb zehn Uhr. Um zehn Uhr wurde das kleine Fest sowieso abgeblasen. Wachte man sich diese kurze Zeit immerhin amüsieren, wie man es für gut fand. Er selbst beteiligte sich an der Spielerei, zog mit Gisela, die ihm die Erlaubnis, bis zum Schluß bleiben zu dürfen, inzwischen abgetrotzt hatte, los und fragte: „Na, Gisela, was für Blumen sind denn wir?“

„Ich Brennessel und du Bergfahnenmännchen.“ „Brennessel könnte passen“, neckte er weiter. Gisela aber war nervös. Sie trachtete, von dem „alten Onkel“ fort und zu Ley zu kommen.

Mit ihm in der Dunkelheit des Parkes sich zu verlieren, schien ihr höchstes Glück. Aber zunächst traf sie das Los, von Adelgunde angeworben zu werden. Trübselig ging sie an der Seite des großen, stillen Mädchens, mit dem sie ebensowenig anzufangen wußte, wie dieses mit ihr.

Doktor van Delden aber zog sich aus der Affäre, indem er an seinen Tisch zurückkehrte.

Doktor Elisabeth Degeener war mit Adelgunde Knade losgegangen, hatte einem der Patienten folgen müssen und erschrak ein wenig, als Ley aus dem Dunkel eines Weges einlam vor ihnen auftauchte.

„Wie heißt ihr?“ fragte er spielerisch.

„Seerose und Distel“, antwortete der Patient an Elisabeth Degeener.

„Distel!“ entschied Werner Ley mit sicherem Instinkt. Es war ihnen beiden selbstverständlich, daß sie von den breiteren Wegen, die zum Spiel ansetzen waren, in die schmalen Pfade verschlungener Heckenwege einbogen, um sich der Gesellschaft zu entziehen.

Leise drückte Ley die Hand der jungen Frau. Leise erwiderte Elisabeth Degeener den Druck.

Keiner der beiden gab sich Rechenschaft. Sie trieben dahin, wie im Strom. Betäubt von dem Duft der stammenden Blume, die zwischen ihnen erblüht war.

Und plötzlich blieb Ley stehen. Er nahm behutsam Elisabeth Degeeners schmales Gesicht zwischen seine Hände und küßte ihren Mund mit langem Auf. Ihre Lippen erwiderten die Zärtlichkeit mit verhaltenen, doch hingebender Leidenschaft.

Dann begann sich Ley. „Verzeihen Sie, Ezzenz“, flammelte er. Elisabeth Degeener sagte mit wehem Lächeln: „Verzeihen? Was? Daß Sie mich glücklich machen?“

„Sie sind eines anderen Frau.“

„Dieser andere könnte mein Vater sein.“

„Du liebst ihn nicht?“

„Ich verehere ihn. Was Liebe war, wußte ich nicht — vor diesem.“

„Ich kann dir keine Ezzenz bieten.“

„Ach — das, Werner... Ich habe meinen Verus!“ Er schüttelte mit dem Kopfe. „Nein, nie! Das nie, Elisabeth! Ich habe mich hinterlassen lassen! Ich...“

„Ich bitte dich, nein! Ich will mich nicht in dein Leben drängen, dich nicht aus glänzenden Verhältnissen reißen, ins Ungewisse. Verzeih mir! Verzeih mir, daß ich dich liebe! Verzeih mir vor allem, daß ich mich hinterlassen ließ!“

Ein leises Geräusch, tappende Schritte, wurden vernehmbar.

Elisabeth Degeener schrak zusammen.

„Menschen“, sagte sie traurig. „Ach Gott, wer weiß, wann wir uns einmal wiedersehen können! Werner! Du darfst mich nicht fortschicken! Ich bin nicht mehr jung! Ich habe noch nie geliebt! Ich weiß, daß ich nicht mehr leben, nicht mehr arbeiten kann, wenn ich dich nicht habe!“

Und jetzt war sie es, die behutsam sein Gesicht zwischen ihre Hände nahm. Leise und zart küßte sie ihn — seine Augen, seine Stirn, seine Lippen und zuletzt, mit einer Gebärde unendlicher Liebe und Ergebenheit, seine Hände.

Er entzog sie ihr erschrocken.

„Elisabeth!“

Sie hatte ihn schnell verlassen.

Die Empfindung eines großen Glückes und eines tiefen Scham stritten in ihm um die Oberhand. Er wußte, daß diese Liebe ohne Hoffnung war, und wußte zugleich, daß sie auch ihn wie ein Schicksal gepackt hatte.

Neben Doktor van Delden stand aufgeregt die kleine Schwester Eulcia. Die Oberschwester der Kinderstation hatte sie geschickt.

Doktor van Delden beruhigte sie.

„Na, wo soll sie denn sein? Sie muß jeden Augenblick kommen!“

Die Patienten waren bis auf einige Nachzügler bereits wieder in ihre Räume zurückgeführt. Punkt zehn Uhr war Schluß — und nur wenige waren so gesund, daß sie nicht gern wieder zur Ruhe gingen.

Antonij Kasar hielt noch ein kleines Gespräch mit Doktor Mander. Sie standen beide etwas abseits. Ihre lebhaften Augen beobachteten Delden. (Fortsetzung folgt.)

Das Urteil im Devisenschiedungsprozess.

Gefängnis- und Geldstrafen.

Im Devisenschiedungsprozess verurteilte das Schnellgericht den Berliner Vertreter des Londoner Bankhauses Singer u. Friedländer, Dr. Gutberg, zu einem Jahre drei Monaten Gefängnis und 2000 Mark Geldstrafe, ersatzweise 100 Tage Gefängnis, den Bankkommissar Adalbert Balagi zu neun Monaten Gefängnis und 5000 Mark Geldstrafe, ersatzweise 250 Tage Gefängnis, den Berliner Bankier Kurt Oppenheimer zu zehn Monaten Gefängnis und 5000 Mark Geldstrafe, ersatzweise 250 Tage Gefängnis. Außerdem werden die Bankkonten des Londoner Bankhauses Singer u. Friedländer bei der Commerz- und Privatbank in Berlin in Höhe von 163 000 Mark und bei der Reichskredit-A.G. in Höhe von 309 000 Mark zugunsten des deutschen Staates eingezogen.

Die letzte Woche des Calmette-Prozesses.

Die Angeklagten haben das Wort.

Am 75. Verhandlungstage im Calmette-Prozess erhielten die Angeklagten das letzte Wort. Dr. Alf a e d t erklärte, er habe seinen bisherigen Ausführungen nichts mehr hinzuzufügen.

Professor Dr. D e n d e führte aus: „Ich bedauere, daß gerade mich das Schicksal herausgezogen hat, unschuldigen Kindern, denen wir Gutes tun wollten, Tod und Krankheit zu bringen. Nach meiner Überzeugung sind wir gegen das Schicksal machtlos. Aber wenn Sie, meine Herren Richter, in den Vorgängen eine Fahrlässigkeit erblicken sollten, dann trifft mich allein der Vorwurf. Ich bitte Sie, die Sühne, die das Gericht befindet, mir aufzuerlegen. Ich werde die Sühne antreten, aber ich bitte, meine Mitangeklagten freizusprechen. Sie sind meines Erachtens sicher frei von aller Schuld.“

Schwester A n n a S c h ä p e betonte, daß sie immer die Wahrheit gesagt habe.

Professor Dr. K l o y hat das Gericht, sich die Ausführungen seines Verteidigers zu eigen zu machen, denen er nichts mehr hinzuzufügen habe.

Hierauf wurde die Verhandlung auf Sonnabend nachmittags 18 Uhr vertagt. Aller Voraussicht nach wird dann das Urteil verkündet werden.

Kleine Nachrichten

Drei Tote bei einem Autounfall.

Abgestürzt und verbrannt.

Zwischen Dattensfeld und Hoppengarten ereignete sich ein Autounfall, dem drei Menschenleben zum Opfer fielen. Ein Bonner Lieferwagen stürzte wahrscheinlich infolge Reifenschadens eine drei Meter hohe Böschung ab und geriet in Flammen. Der Wagenführer und seine Frau sowie ein fünfjähriges Kind waren sofort tot, während ein weiteres Kind schwere Brandverletzungen erlitt.

Tschechoslowakische Spionin verurteilt.

Sechs Jahre Zuchthaus.

Der I. Strafsenat beim Kammergericht Berlin verurteilte die tschechoslowakische Staatsangehörige, Fabrikbesitzerin Eugenie Götz aus Reudel (Tschechoslowakei) wegen Verrats gegen § 3 des Gesetzes über den Verrat militärischer Geheimnisse zu sechs Jahren Zuchthaus, zehn Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. 7000 beschlagnahmte Tschechenkronen und 100 Reichsmark wurden für verfallen erklärt. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Rißgeschick deutscher Bobfahrer.

New York. Nachdem erst vor einigen Tagen einer der beiden sich in Late Vaux zu den Olympischen Winterspielen befindenden deutschen Bobfahrer mit Hauptmann F a h n am Steuer verunglückt, ist nunmehr auch der zweite Bobfahrer „Deutschland II“ unter Führung des Berliner G r a u bei einer Trainingsfahrt in der Schanzenkurve gestürzt. Die Mannschaft wurde schwer verletzt.

Leichenfund in einem Moorgraben.

Emden. In einem Moorgraben in der Nähe der ostpreussischen Grenze bei Elisabethsdorf wurde die Leiche der vermählten Frau Kohlsche aus Elisabethsdorf gefunden. Nach dem Bericht der Frau richtete sich der Verdacht, seine Ehefrau umgebracht zu haben, gegen den Stellmacher Kohlsche, der ebenso wie ein Mieter seines Hauses in das Untersuchungsgefängnis nach Oldenburg gebracht wurde. Seit der Festnahme des Kohlsche wurden täglich Durchsuchungen der Umgegend vorgenommen, die jetzt zu der Auffindung der Leiche der Frau führten.

Austragung der Mandchurischen Republik am 11. Februar.

Moskau. Wie aus Moskau gemeldet wird, wird am 11. Februar in Moskau die Mandchurische Republik feierlich ausgerufen werden. An der Feier werden Vertreter der vier mandchurischen Provinzregierungen und der Ostbahn teilnehmen. Von japanischer Seite wird eine Abordnung unter Führung des Generals Honjo anwesend sein. Die neue Regierung beschließt, dem Völkerbund als Mitglied beizutreten.

Verhaftung eines Rechtsanwalts wegen Meineidsverdachts. Berlin. Der Berliner Rechtsanwalt und Notar Dr. L a n g e, der frühere Syndikus der Reichsbank, ist auf Veranlassung der Dresdener Staatsanwaltschaft unter dem Verdacht, im Uraatz-Prozess einen Meineid geleistet zu haben, verhaftet worden. Dr. Lange wurde nach Dresden übergeführt. Hadel darf einreisen.

Genf. Der Zwischenfall wegen der Entsendungsverweigerung Adels durch die schweizerischen Behörden ist nach längeren Verhandlungen beigelegt worden. Der Schweizer Bundesrat hat sich entschlossen, Adel die Einreise zu erlauben. Hadel wird nunmehr als Vertreter der Moskauser „Sveštija“ an der Abrüstungskonferenz teilnehmen.

Vorkonferenz zur Balkankonferenz eröffnet.

Istanbul. Im früheren Palais Abdul Hamids, dem Padişahpalast, wurde die Vorkonferenz zur Balkankonferenz eröffnet. Die Rinderbeutenfrage wird auch auf der kommenden Balkankonferenz in Bukarest neue Schwierigkeiten auslösen. Der griechische Abgeordnete Klug u. a. eine Forderung ständige unter den Balkanländern vor.

46 Tote beim Aufräumen in Etudor.

New York. Wie aus Guayaquil in Ecuador gemeldet wird, ist es zwischen Regierungstruppen und Aufständischen in der Provinz Cacha zu einem Kampf gekommen. Die Aufständischen hatten 41 und die Regierungstruppen fünf Tote zu verzeichnen. Außerdem blieben viele Verwundete auf dem Kampfplatze. Der vorläufige Präsident M o r e n o hat vom Staatrat Sondervollmachten zur Unterdrückung des Aufstandes erhalten.

„Russen“-Gajda hinter Schloß und Riegel.

Brag. Der frühere tschechische Generalkonsul Gajda, der mehrere Tage lang unauflösbar war und von dem es hieß, daß er sich auf dem Wege nach der Mandchurien befände, wo er als Führer der Weißgardisten anzusehen sei, hat sich im Prager Strafgefängnis freiwillig gestellt. Während die Polizei Gajda lieberhaft suchte, hielt er sich in Königgrätz auf, wo er Versammlungen veranstaltete. Gajda wurde nach seiner Selbstgestellung in das Strafgefängnis in Pantraz geschickt, wo er zwei Monate schweren Kerkers abzusitzen hat.

Neues aus aller Welt

400 000 Mark an der holländischen Grenze beschlagnahmt. Im Zollamt in Bentheim wurde auf Veranlassung des Berliner Finanzamtes eine polnische Staatsangehörige, die 400 000 Mark in Banknoten bei sich trug, verhaftet. Wie verlautet, stammt das Geld aus unerlaubten Zuweilungsverkäufen, die der Polin nahegelegene Personen in Deutschland gemacht haben. Das Geld sollte nach Holland in Sicherheit gebracht werden. Ein Geleiter der Dame, der Zeuge ihrer Festnahme war, flüchtete.

Ein Berliner Gastwirt ermordet. Der Besitzer eines bekannten Berliner Auskauflokals bei Berlin-Schmüdow wurde auf dem Wege von seinem Lokal nach Schmüdow, wo er an einer Vereinsfeier der Gastwirte teilnehmen wollte, von einem unbekanntem Täter im Walde erschossen.

Fabrikbrand in Velsitz-Biala. In Velsitz-Biala entstand in einer Tuchfabrik ein Brand, der das ganze Fabrikgebäude in kurzer Zeit in Asche legte. Durch Funkenflug geriet eine zweite Textilfabrik in Brand. Auch sie wurde zum größten Teil zerstört. Außer den Maschinenanlagen sind auch große Warenvorräte verbrannt.

Abschluss der Forschungsarbeiten am Grabe Tutanchamons. Die letzte Sendung von Funden aus dem oft genannten Grabe des Pharaos Tutanchamon ist von Luxor nach dem Ägyptischen Museum in Kairo abgegangen. Hiermit ist die zehnjährige Arbeit an dem Grabe beendet.

Aus Sachsens Gerichtssälen.

Das Urteil im Kaiser Totschlägsprozess.

Dresden. Das Schwurgericht beschäftigte sich mit einem Prozess wegen Totschlägs, Körperverletzung mit Todeserfolg, Raubhandeln, gefährlicher Körperverletzung, Verstoßes gegen die Wafferverordnung usw. Angeklagt sind der Architekt Lubatsch der Elektrotechniker Horst Wersch, der Metallarbeiter Fiedler, der Gärtner Günther, der landwirtschaftliche Arbeiter hölz der Wälder Christenbach, der Handlungsgeselle Helmke und der Kunstgewerber Hans Wersch; mit Ausnahme Fiedlers noch in jugendlichen Alter.

Zur Verhandlung liehen die Vorgänge vom 3. November vorigen Jahres in Alesia, wo die nationalsozialistischen Angeklagten mit Reichsbannerleuten zusammengelassen waren und der Reichsbannermann Wolf durch fünf Stiche, von denen einer das Herz traf, getötet wurde. Die Angeklagten bestreiten zuweilen, an der Stichelei beteiligt gewesen zu sein. Helmke gibt nach langem Zögern den Besitz der Felle, mit der die Tat ausgeführt wurde, zu, als Lubatsch auslegte, daß er sie bei ihm gesehen habe; auch Hans Wersch erkennt einen sogenannten Ochsentenen als den feigenen an.

Reize Gehelirat Schmork hat den erschossenen Wolf seziert. Die Wunden seien mit einem scharfen Instrument, keineswegs aber mit einer Feile bearbeitet worden. In den übrigen Zeugenaussagen zeigen sich starke Unerschicklichkeiten. Was der eine als links sich abspielend schilderte, bezeichnete der andere gegenteilig. Man mutmaßt, daß der Gegenstand, der Fiedler nach der Tat seiner Frau gab, ein Stichtinstrument war gegen die Frau Fiedler ist ebenfalls ein Strafverfahren anhängig gemacht worden.

Am dritten Verhandlungstage kam es zu einem Zwischenfall. Der Verteidiger des Nebenklägers, des Vaters des Erschossenen, brachte eine Erklärung nach der, weil das Schwurgericht tags zuvor auf die Verurteilung der Reichsbannerleute Wersch und Helmke nicht zugestimmt sei, der Nebenkläger auf seine Rechte verzichtete. Er und sein Anwalt seien der Ansicht, daß das Gericht diese beiden Zeugen als unzulässig würdig angesehen habe. Der Verteidiger nannte dies ein unverständliches Würdigung der Rechtslage, die um so verwunderlicher sei, als die Angeklagten, die unter dem schweren Verdacht ständen, wie Banditen einen wertvollen Mitbürger niedergestochen zu haben, sich mit allen Mitteln zu reinigen verhielten. Der Vorsitzende forderte mit erregter Stimmung den Verteidiger auf, solche Verleumdungen zu unterlassen. In übrigen sei diese Erklärung vollständig überflüssig und trage unnötige Schwärze in die Verhandlung. Daraus verzichtete die Hälfte der Besucher demonstrativ die Tribünen; auch Rechtsanwalt Günther und der Vater des Erschossenen entfernten sich aus dem Saal.

Zu Beginn seiner

Auslagereide

bezeichnete Staatsanwalt Hartmann die Angeklagten als freilebende junge Leute voller jugendlicher Selbstüberheblichkeit. Ihre Verteidigung gipfelte darin, daß Überfälle auf ihre Partei genossen an der Situation des 3. November schuld wären. Die Angeklagte Helmke trage die moralische Schuld an der Stichelei, da er durch seinen Biß die Szene heraufbeschwor. Den unangenehmsten Eindruck machte unbedingt der Angeklagte Fiedler. Er, seine Frau und Tochter hätten sicher etwas zu verlieren. Frau Fiedler habe sich damals unglücklich benommen; sogar dem Angeklagten Horst Wersch sei das zuwies geworden.

Der Vorsitzende erwähnte sodann die Zuschauer, bei der Urtellverkündung jede Kundgebung zu unterlassen.

Das Urteil.

Es erhielten Lubatsch sieben Monate zwei Wochen Gefängnis, Horst Wersch und Fiedler je neun Monate Gefängnis, Günther und hölz je ein Jahr Gefängnis, Helmke zwei Jahre vier Monate Gefängnis, Johannes Wersch ein Jahr einer Monat und zwei Wochen Gefängnis, Christenbach wurde frei gesprochen. Die Untersuchungsakten wurden ganz oder teilweise angeordnet. Die beschlagnahmten Waffen, wie Seitengewehre, Messer usw. werden eingezogen.

Strafmildernd hatte man die Jugend und Unbestraftetheit der Angeklagten gelten lassen, strafschärfend, daß nicht der mindeste Anlaß vorgelegen habe, gegen die Reichsbannerleute einzuschreiten.

Die Sühne für den Tod des Konsuls Hansen.

Dresden. Am 6. November v. J. wurde der 63jährige norwegische Konsul Erloff Hansen von einem Auto überfahren und getötet. Der Führer des Mercedes, Elektromechaniker Günther aus Freital, hatte sich deswegen und wegen eines weiteren durch übermäßig schnelles Fahren hervorgerufenen Unfalls vor dem 4. Gemeinsamen Schöffengericht zu verantworten. Das Gericht ging wegen der beispiellosen Fahrlässigkeit und unter Hinweis auf die häufigen Einzeltaten der Angeklagten bis dahin an die gesetzliche Höchststrafe heran und verurteilte Günther wegen fahrlässiger Tötung und Fährten zu zwei Jahren sieben Monaten Gefängnis und wegen übermäßiger Geschwindigkeit zu drei Wochen Haft. — Ein Selbstmord des Konsuls wurde nach der Zeugenaussage der Witwe des Ver-

storbenen als nicht erwiesen angesehen. Die Begleitin des Konsuls wurde als einzige an der Leiche des Konsuls gefunden.

Generalsfrau schimpft Deutsche: „Vohes!“

Dresden. Das Schöffengericht verurteilte unlängst Frau Effriede von Bresler, die Gattin eines Generals, jetzt in Frankfurt a. M., wegen Verleumdung des deutschen Volkes zu 1000 Mark Geldstrafe gegen das Urteil legte die Angeklagte Berufung ein, und die Sache kam vor die Große Strafkammer des Landgerichts. Frau von Bresler hatte vor Monaten beim Verlassen der Straßenbahn zu ihrem Sohn gesagt: „Was für diese Deutschen, diese Vohes, alles herausnehmen!“ Frau von Bresler will das in bezug auf einen Herrn gesagt haben der sich ihr gegenüber im Wagen schlecht benommen habe soll. Die Verweissung erster Instanz hatte ergeben, daß die Angeklagte Kläfflerin und ihr Mann Mitglied der Friedensgesellschaft ist. Die Strafkammer bestätigte das Urteil erster Instanz.

Die Räuber vom „Wilden Mann“.

Leipzig. Das Schwurgericht hat das Urteil im Strafverfahren wegen des Raubüberfalls auf die Gaitwirtschaft „Zum wilden Mann“ gesprochen. Das Urteil lautete wegen versuchter räuberischer Erpressung und Totschlägs gegen den Eigentümer und Martin Zehle auf je zehn Jahre und drei Monate Zuchthaus und drei Jahre Ehrrechtsverlust, gegen Martin Kroll unter Einbeziehung einer anderen Strafe, die er wegen Totschlägs in Höhe von sieben Jahren Gefängnis erhielt auf zwölf Jahre Zuchthaus, gegen Richard Nania auf zwölf Jahre sechs Monate Zuchthaus und gegen Felix Ostroga auf ein Jahr und drei Monate Gefängnis; Ostroga hatte nur der Auspasser gemacht.

Nachstehende Firmen von Wilsdruff und Umgegend

halten sich bei Bedarf bestens empfohlen:

Maschinenbau und Reparatur
Schwepde, Franz, Ingenieur, Bismarckstr. 35. Domb. 511.

Agentur für Versicherungsgesellschaften
Wilhelm, Berthold, Feldweg 283 D.

Anzeigen-Aannahme
Wilsdruffer Tageblatt, Jelloer Straße 29. Domb. 6 (auch für auswärtige Zeitungen).

Badaufstakt
Stadtbad, Bäcker Erich Hausmann, Löblauer Straße.

Bank- und Wechselgeschäfte
Grosche und Sparasche, Rathaus, Domb. 1 und 2.
Wilsdruffer Bank, e.G.m.b.H., Freiburger Str. 108. Domb. 49.

Botenfahrer
Fischer, Otto, Bahnhofsstraße 127. Domb. 584.

Buchbinderei
Schaube, Arthur, Jelloer Straße 29. Domb. 6.
Fell- und Hauthandlung
Stolle, Robert, Bahnhofsstraße 138.

Bäckeri- und Reinigungs-, Bläsepresserei, Hohlraum- und Schneefähnderei
Dürre, Alfred, Zeblerstraße 183.

Auto-Reparaturwerkstatt, Kraftfahrzeug-Vertrieb, Tankstelle, Oelf-, private Automobilschule, Fahrräder und Motorfahräder, Nähmaschinen
Sa. Arthur Fuchs, Markt 8. Domb. 439.

Fahrrad- und Nähmaschinenhandlungen mit Reparaturwerkstätten
* auch Motorrad-Reparaturwerkstatt.
Dürre, Alfred, Zeblerstraße 183.
* Karlsruher, Fritz, Dresdener Straße 234.

Gärtnerei
Reffelshorj
Beber, Robert, Säume, Topfpflanzen, Krampfbüdel.

Glaseri (Bilderrahmen) und Glasbandlung
Domb. 511, Wilsdruff, Marktstraße 89.

Grabbestattung (Steinbruchbetrieb)
Woll, Karl, Reibner Straße 263.

Herrenkardero-Gezehr
Plattner, Curt, Dresdener Straße 69.

Inkallateur
Fotter, Ferd. (auch Ludwig Hellwig), Markt 10. Domb. 542.

Kadefstation für Akkumulatoren und Batterien
Schaube, Arthur, Jelloer Straße 29. Domb. 6.

Malergewerbe
Schindler, Edwin, Hobestraße 134 Y. Domb. 71.

Milch- und Butterhandlung
Barthel, Alfred, Braumdorf (tägl. Lieferung ins Haus).

Molkerei-Erzeugnisse jeglicher Art (tägl. Lieferung frei Haus).
Dampfmolkerei Hans Bräuer, Friedhofsstraße 165 B.

Schleifanakt, Drecherei und Schirm-Reparaturwerkstatt
Hertle, Kurt, Reibner Straße 266.

Schlossermeister
Bräuer, Karl, Töpfergasse 246.
Schulz, Max, D. Legler, Zeblerstr. 180.

Stuhlfabrik
Schreiber, Arthur, Löblauer Straße 208 B. Domb. 51.

Tischlereien
Nur echte Möbel:
Preger, Georg, Zeblerstraße 180. Domb. 31.

Uhren, Gold- und Silberwaren, Optik, Radio-Anlagen und Zubehör
König, Fr. (Nicolas Nachf.), Freiburger Str. 5 B. Domb. 154.

Wiedehandlung (Ruh- und Schlachtvieh)
Berch, Gebr., Reffelshorj. Domb. Wilsdruff 471.

Wiedehandlung
Dörfert, Paul, Freital-P., Zeblerstr. Nr. 8.

Woll-, Strumpfwaren und Garnhandlung
Rehme, Max, Bahnhofsstraße 121.

Zeitung
Wilsdruffer Tageblatt, Jelloer Straße 29. Domb. 6.

Zentralheizungen
Schwepde, Franz, Ingenieur, Bismarckstr. 35. Domb. 511.